

Resolution: Demokratie braucht Feminismus! – Antifeminismus entgegentreten

Unsere demokratische und tolerante Gesellschaft gerät zunehmend unter Druck.

Gleichstellungspolitik, Frauenrechte und geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stehen verstärkt im Fokus antifeministischer und politisch rechter Angriffe. Sie werden durch antifeministische Politik verunglimpft und versucht zu delegitimieren. Antifeministische Haltungen finden zunehmend Anschluss in der gesellschaftlichen Mitte und engen zunehmend erfolgreich zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ein.

Wir verurteilen den zunehmenden Antifeminismus klar. Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellungspolitiken und die Errungenschaften der Frauenbewegungen sind demokratische Grundwerte, die nicht zur Disposition stehen. Angriffe auf diese Werte sind Angriffe auf die Demokratie. Zum Schutz unserer Demokratie müssen wir Antifeminismus gemeinsam entgegentreten – das ist eine Aufforderung an alle demokratischen Kräfte.

Der Landesfrauenrat Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zur Eindämmung des Antifeminismus zu ergreifen:

- **Sensibilisierung und Bildung:** Bildungsprogramme gegen Antifeminismus müssen gefördert werden. Diese sind im Rahmen von Politischer Bildung an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen als grundlegendes Element in die Curricula zu integrieren. Ebenso bedarf es einer nachhaltigen Thematisierung von Antifeminismus als Ungleichheitsideologie im Landespräventionsrat und im Landesprogramm *Demokratie und Menschenrechte*.
- **Schutz von Betroffenen:** Zum Schutz der Demokratie und der Zivilgesellschaft muss es im Rahmen der niedersächsischen Engagement-Strategie ein besonderes Bewusstsein und Maßnahmen zum Schutz von Frauen* und ihren Veranstaltungen vor antifeministischen Anfeindungen geben. Dazu sollten Schutzkonzepte erarbeitet und umgesetzt werden.
- **Anfeindungen dokumentieren:** Antifeministische Anfeindungen müssen systematisch dokumentiert werden. Hierzu regen wir ein Monitoring für das Land Niedersachsen an. Als erster Schritt muss zudem die Meldestelle *Antifeminismus* in der Öffentlichkeit bekannter gemacht werden (antifeminismus-melden.de).
- **Antifeminismus als Faktor häuslicher Gewalt anerkennen:** Misogynie und sexistische Motive werden nur selten in der Bewertung von Gewalttaten an Frauen berücksichtigt. Geschlechtsspezifische Gewalt muss als ein Element von Hasskriminalität gegen Frauen erfasst und rechtsextreme Einstellungsmuster von Täter*innen berücksichtigt werden. Zudem müssen Polizei und Justiz dazu intensiver sensibilisiert werden.



- **Stärkung von Netzwerken zum Schutz und Empowerment von Frauen:** Initiativen zum Empowerment von Frauen müssen bekannt gemacht und weiter gestärkt werden, um Betroffene zu befähigen, mit sexistischen und antifeministischen Anfeindungen umzugehen.
- **Gleichstellungsbeauftragte schützen:** Gleichstellungsbeauftragte sind in ihrer Funktion besonders von antifeministischen Anfeindungen bedroht. Um die Position der Gleichstellungsbeauftragten strukturell zu stärken, ist das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) dahingehend zu ändern, dass eine begründete Abberufung der hauptberuflich beschäftigten Gleichstellungsbeauftragten nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln erfolgen kann.
- **Jetzt erst recht ambitionierte Gleichstellungspolitik betreiben:** Anstatt gleichstellungspolitische Vorhaben zurückzufahren oder einzuschränken, müssen jetzt erst recht finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, um progressive Ideen für die Zukunft zu entwickeln.
- Als starkes Signal fordern wir zudem die **Einführung des 8. März als Feiertag** in Niedersachsen.

Begründung:

Hinter dem Begriff *Antifeminismus* verbergen sich organisierte geschlechterkonservative Bewegungen und Akteur*innen mit antifeministischen Ideologien und Strategien, aber auch gesellschaftlich weit verbreitete Stereotype. Widerstände gegen Feminismus, Emanzipation, queere Identitäten, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verstärken sich. Antifeminismus wirkt dabei als sogenannte „Brücknideologie“ für extrem rechte Akteur*innen, wie beispielsweise der AfD, hin in die Mitte der Gesellschaft, da sie an in der Gesellschaft weit verbreitete Einstellungen anknüpft, gemeinsame Positionierung und Aktionen von Rechten und Konservativen ermöglicht und so den Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt. Die strategische Verschiebung des Diskurses richtet sich gegen eine Zivilgesellschaft, die sich für Solidarität, Menschenrechte und eine starke Demokratie einsetzt.

In der Folge verengen sich zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume zunehmend. Es mehren sich Angriffe gegen in der Öffentlichkeit stehende Frauen; insbesondere in den sozialen Medien sind sie Diffamierungen ausgesetzt. Erschreckendes Beispiel ist die gezielte rechte Verleumdungskampagne gegen die Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf. Auch feministische Bewegungen, Organisationen und Veranstaltungen geraten in den Fokus. Frauen ziehen sich aus politischem Engagement oder der Öffentlichkeit zurück, oder ziehen dies nicht mehr in Betracht.

Es gilt die Rechte von Frauen, die unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Systems der Bundesrepublik sind, gemeinsam zu schützen. Wir alle sind dafür verantwortlich, uns für eine lebendige, plurale Demokratie stark zu machen und antifeministischen Angriffen entschieden entgegenzutreten.

Stand: 08.11.2025